



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/220 - 29.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21431-33
Fernschreiber 039 890

Hessen führt im Bund	S. 1
Labour Party und die Deutschland-Frage	S. 3
Forderungen der arbeitenden Jugend	S. 5
Das Bulletin und die Misachtung des Parlaments	S. 7

Vier Jahre Hessenplan

Von Wenzel Jaksch, M.d.B.

Eine tatenfrohe Fortschrittsgesinnung spricht aus dem nunmehr vorliegenden Bericht der hessischen Regierung über die Erfolgsbilanz des Hessenplans. Seine Ziele wurden von dem Ministerpräsidenten der sozialdemokratischen Landesregierung, Georg August Zinn, in seiner Programmerkklärung vom 18. Januar 1951 umrissen. Damals stand die planvolle Eingliederung der Heimatvertriebenen im Vordergrund, die Rückführung der Evakuierten und die menschenwürdige Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge und Bundesumsiedler. Die Hessenregierung stellte sich zusätzlich noch die Aufgabe, die überhöhte Arbeitslosigkeit in den Zonengrenzgebieten durch eine innere Umsiedlung zu bekämpfen und die Industrialisierung der Notstandsgebiete, besonders des überfüllten Nordhessen, zielbewußt zu fördern. Die Grundformel des Hessenplans war, entweder die Menschen an die Arbeit heranzubringen oder die Arbeit an die Menschen.

Generalbereinigung der sozialen Notstände

Die in vier Jahren erzielten Resultate reichen in der Tat weit über den Vertriebenenektor hinaus. Durch die Landesumsiedlung werden bis Ende 1954 fast elfeinhalbttausend Familien umgesiedelt sein, die Zahl der zu diesem Zeitpunkt fertiggestellten Hessenplanwohnungen wird aber 37.500 betragen. Darin sind auch die zentrale gesteuerten Baupro-

gramme für die Heranführung von Facharbeitern an industrielle Schwerpunkte enthalten, für den Wiederaufbau der Stadtkerne, für die Rückführung der Evakuierten, für die "Schandfleckbereinigung" (Beseitigung von Baracken und Notunterkünften), ferner Bauprogramme zur Unterbringung von Lowjetzonenflüchtlingen und Sperrgürtelflüchtlingen. Das Ziel aller dieser Maßnahmen war eine gesündere Bevölkerungsverteilung und - mit den Worten Zinns - "eine Generalbereinigung der sozialen Notstände". Manche Landkreise sind im Zuge dieser Maßnahmen wesentlich entlastet worden, doch bleiben auf den Gebieten der inneren Umsiedlung und der Eingliederung des heimatvertriebenen Landvolks noch unvollendete Aufgaben zu lösen.

Beachtlich sind die Ergebnisse des Hessenplans im Sektor der Industrieförderung und der Streuung von Arbeitsplätzen überhaupt. Dafür wurden Hessenplankredite und Kleinkredite aus Haushaltsmitteln, Landesbürgschaften und auch die für solche Zwecke verfügbaren Lastenausgleichsmittel konzentriert eingesetzt, um einen möglichst großen Nutzeffekt zu erzielen. Die Lenkung dieser Kredite oblag einem besonderen Hessenplan-Ausschuss unter Vorsitz des Finanzministers Dr. Tröger, dem auch ein Vertreter der CDU-Opposition angehörte. Dieser Ausschuss kam, wie der Bericht feststellt, der Idee eines wirtschaftlichen Generalstabes sehr nahe.

Undogmatische Wirtschaftsförderung

Die Gegner der Sozialdemokratie dürfte überraschen, in diesem Dokument den überzeugenden Nachweis zu finden, dass die Hessenregierung bei der Wirtschaftsförderung völlig undogmatisch zu Werke ging. Bei Industrie Gründungen auf dem flachen Lande wurden elastische Methoden angewandt, so die Landesfinanzierung von Gemeindebetrieben, (die wiederum an Privatunternehmer verpachtet wurden) Schaffung landeseigener Industrieanlagen zur Weiterverpachtung, Landeskredite für die Filialgründungen auswärtiger Firmen, Ingangsetzung stillgelegter Kalischächte usw. Weit davon entfernt, die private Wirtschaft bürokratisieren zu wollen, hat in diesem Entwicklungsgang die hessische Landesregierung vielseitige Anstrengungen unternommen, entwurzelten Betriebsinhabern einen neuen Start zu ermöglichen, weitere Unternehmungen bei der

Niederlassung... zu unterstützen und die neuen Betriebe vor Rückschlägen zu bewahren." Man hat im weiteren Bundesgebiet bisher vielfach die hessische Sozialisierungspolitik kritisiert, welche übrigens von der Regierung Zinn erfolgreich unter Dach und Fach gebracht wurde. Nunmehr wird man aber die überraschende Tatsache zur Kenntnis nehmen müssen, dass in Hessen unter sozialdemokratischer Führung über 15.000 kleine und mittlere Betriebe neu geschaffen worden sind.

Zusammenarbeit von Einheimischen und Vertriebenen

In seiner Regierungserklärung vom 10. Januar 1951 bekannte sich Georg August Zinn zu "einem Sozialismus der produktiven Arbeit". Ganz im Sinne dieser Devise ist der schaffende Mensch in den Dienst der Hessenplan-Maßnahmen gestellt worden. Der Bildteil des Berichtes illustriert den "Triumph des menschlichen Selbstbehauptungswillens", der sich seit dem Eintreffen der ersten Flüchtlingstransporte in dem Kernland der Bundesrepublik vollzog. "Auch andere Bundesländer haben auf diesen Gebieten großes geleistet" sagt Zinn in seinem Vorwort. Hessen habe fast bis an die Grenzen der gegebenen Möglichkeiten vorstoßen können, weil im Zeichen des Hessenplans zwei mächtige Kraftströme auf ein gemeinsames Ziel hingelenkt worden sind. Als solche Kraftströme bezeichnet Zinn "die soziale Fortschrittstradition - der einheimischen Bevölkerung" und den "Aufbauwillen der heimatvertriebenen Ostdeutschen und Grenzlanddeutschen". Diese Kräfte haben sich auf dem Boden der hessischen Politik, wie Zinn nicht ohne Stolz hinzufügt "in beispielgebender Weise miteinander verbündet". Den Aufbauleistungen der nach Hessen eingeströmten Ostdeutschen, Schlesier, Sachsen und Thüringern wird diese Rechenschaftslegung einer sozialdemokratischen Landesregierung in einem Maße gerecht, welches für jeden Historiker dieser deutschen Nachkriegszeit anregend sein wird.

So illustriert der Hessenplanbericht auch die These von der wünschenswerten "Partnerschaft von Ost- und Westdeutschen unter dem Notdach der Bundesrepublik", die Zinn mit großer Wiederhall auf der diesjährigen Schlesiertagung in Frankfurt/Main vertreten hat. In einer Zeit, da der Geist der Zersetzung in der Bundesrepublik wieder sein Haupt erhebt, ist das sozialdemokratisch regierte Hessen ein Sammelpunkt der aufbauwilligen Kräfte und der Schauplatz kraftvoller staatspolitischer Gestaltung. Die Erwartung ist berechtigt, dass Hessens Vorhutrolle im Bund bei den am 28. November stattfindenden Landtagswahlen von der Wählerschaft bestätigt wird. + + +

Labour Party für deutsche Wiedervereinigung

H.P. Nach der Viermächte-Konferenz in Berlin (Februar 1954) hatte sich der Vorstand der Labour Party für eine deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG als beste Lösung ausgesprochen. Dieser Beschluß ist in der Mitgliedschaft auf großen Widerstand gestoßen, einen Widerstand, der sich nicht nur auf Anhänger dieser Partei beschränkt, sondern auch in anderen Parteien in anderen Ländern sichtbar ist. Es war zu erwarten, dass auf dem jetzt stattfindenden Parteitag in Scarborough eine bedingungslose Wiederaufrüstung Westdeutschlands durch den Kongress abgelehnt werden würde.

Das mag einer der Gründe gewesen sein, warum sich der Parteivorstand der Labour Party genötigt fühlte, vor knapp einer Woche eine neue EntschlieÙung zu veröffentlichen, die schon wegen der Nichtratifizierung des EVG-Vertrags notwendig geworden ist. Diese Resolution ist gestern mit einer Mehrheit von rund zweihundertfünfzigtausend Stimmen vom Parteitag gebilligt worden. Sicherlich wäre die Mehrheit für diese EntschlieÙung noch wesentlich größer gewesen, wenn sie nicht so spät vorgelegt worden wäre.

Bereits seit Monaten hatten die verschiedenen angeschlossenen Organisationen ihre Beschlüsse auf Grund der alten Linie der Labour-Party gefasst und ihre Delegierten mit gebundenen Mandaten nach Scarborough geschickt. Daher konnte die Kompromissresolution des Vorstandes keinen entscheidenden Einfluss mehr auf das Abstimmungsergebnis ausüben. Wäre es zu einer freien Abstimmung über diese Resolution gekommen (ohne gebundene Mandate), dann hätte man mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit erwarten können, dass ein Großteil der jetzigen Gegner seine Zustimmung doch gegeben hätte, da die meisten Punkte auch von seinem Standpunkt aus nicht anfechtbar sind.

Das politisch Bedeutsame dieser EntschlieÙung ist jedoch, dass das Hauptziel, nach Ansicht der Labour Party, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sein muß. Wörtlich heißt es: "...bestätigt die Konferenz erneut, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit das Ziel der Labour Party ist und erklärt, dass die Westmächte zur Wiederaufnahme zu Verhandlungen bereit sein müssen, sobald sich die Sowjetunion bereit erklärt, freie Wahlen in Ostdeutschland zuzulassen".

Damit hat sich die Labour Party eindeutig hinter die Forderung der deutschen Sozialdemokratie gestellt, wie sie diese erst erneut in ihrer letzten Verlautbarung über die Parteivorstandssitzung am 18.9. formuliert hatte.

Aber auch die anderen Punkte dieser Resolution zeigen die große Übereinstimmung zwischen der Labour Party und der SPD in ihrer Haltung zur Frage eines deutschen Beitrags zur Verteidigung der freien Welt. Die Labour Party beauftragt ihren Vorstand "auch mit anderen europäischen sozialistischen Parteien zu beraten, eine gemeinsame Politik zu entwerfen". Der Vorstand der SPD hatte ebenfalls erklärt, er hofft "auf eine engere Zusammenarbeit der europäischen sozialistischen Parteien, die viel zu einer konstruktiven Europapolitik beitragen könnten". Ebenso ist die Ansicht, dass ein deutscher Beitrag zur kollektiven Sicherheit mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen vereinbar sein muß, mit der der deutschen Sozialdemokratie in Übereinstimmung.

Es ist beschämend, dass zu einer Zeit, wo von der Bundesregierung die Frage der Wiedervereinigung praktisch nicht als das vorranglichste Ziel betrachtet wird, der Kongress der britischen Labour Party eine deutsche Regierung darüber belehren muß. Die Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit der europäischen Völker, unter Ausschaltung jeder Diskriminierung, verbunden mit dem gleichzeitigen Bestreben, durch Vierer-Verhandlungen die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen, sind zur Grundlage deutscher und englischer Sozialisten geworden. Damit wird auch der Tagung der Sozialistischen Internationale, die am Freitag in Scarborough tagt, die Richtung gewiesen.

+

Die angenommene EntschlieÙung, um die sich eine heftige Debatte entsponnen hatte, hat folgenden Wortlaut:

"Angesichts der Lage, die infolge der Nichtratifizierung des EWG-Vertrages durch das französische Parlament entstanden ist, bestätigt die Konferenz erneut, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit das Ziel der Labour-Partei ist, und erklärt, dass die Westmächte zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bereit sein müssen, sobald sich die Sowjetunion bereit erklärt, freie Wahlen in Ostdeutschland

zuzulassen. Die Konferenz ist der Ansicht, dass es durch das Scheitern der EVG notwendig geworden ist, eine durch die Westmächte durchzuführende Alternativlösung auszuarbeiten, und beauftragt daher den Parteivorstand, sich mit den anderen europäischen sozialistischen Parteien zu beraten und zu versuchen, eine gemeinsame Politik zu entwerfen. Diese Politik sollte

1. anerkennen, dass die deutsche Demokratie berechtigt ist, sich selbst zu regieren, und dass die Besetzung der Bundesrepublik beendet werden muß;
2. prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, damit die deutsche Bundesrepublik ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen und in einer das Wiederaufleben einer deutschen militärischen Bedrohung ausschließenden Form leisten kann;
3. prüfen, welche weiteren Bemühungen unternommen werden können, um die Sowjetunion zu veranlassen, die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen zuzulassen."

+ + +

Die Jugend meldet Forderungen an

Ein besonders erfreuliches Merkmal der vor wenigen Tagen beendeten 7. Bundesjugendkonferenz des DGB war, wie man rückblickend feststellen kann, ihr ausgeprägter Sinn für Tatsachen, für die nüchterne Wirklichkeit. Das gilt gerade auch für solche Fragen, vor die sich der arbeitende Jugendliche täglich gestellt sieht: Jugendarbeitsschutz, Berufsausbildung und Berufsschule.

Heb. Die Jugendabteilung des IGB hat es sich nicht leicht gemacht. Sie forderte für ihre Jugendlichen und die Jugend überhaupt nichts, was sie nicht voll begründen könnte, nichts was den Anschein erwecken könnte, unberechtigt gefordert zu werden. In einer 250-seitigen Denkschrift wurde das Problem Jugendarbeitsschutz untersucht, im Anhang der Entwurf eines neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes niedergelegt. Jugenderzieher, Ärzte und Psychologen haben sich jahrelang mit diesen Fragen befasst. Das Ergebnis: Aus biologischen Gründen wird eine Begrenzung der Arbeitszeit auf 7 bis 7 1/2 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich unter Einberechnung der Vor- und Abschlußarbeiten für notwendig gehalten. Zur Sicherung des für den Entwicklungsaufbau erforderlichen Kräfteüberschusses muß Akkord- oder Nachtarbeit für Jugendliche grundsätzlich verboten werden. Da die Schutzbedürftigkeit

des Jugendlichen während der Reifezeit besonders groß ist, muß das Jugendarbeitsschutzgesetz auch die 18- bis 20-jährigen einbeziehen.

Diese Forderungen kommen nicht von ungefähr. Die überraschende Zunahme von Herz-Kreislaufaffekten bei Jugendlichen, Folgen der Überarbeitung, sollten eine Warnung sein, denn bereits in 10 oder 15 Jahren sind diese Jugendlichen nur noch vermindert arbeitsfähig, im besten Leistungsalter stellen sie wegen Arbeitsunfähigkeit bereits eine soziale Belastung der Volkswirtschaft dar. In späteren Berufsjahren wird sich daher der anfängliche Verzicht auf längere Arbeitszeiten mehr als lohnen.

In den Fragen der Urlaubs-, Pausen- oder Abschöpfungsregelung wurden weniger Übertretungen der geltenden Jugendarbeitsschutzbestimmungen von 1938 (!) festgestellt. Das Grundübel ist die Übertretung der Arbeitszeit. Hier sagt die Statistik, dass insgesamt 64 Prozent der männlichen Jugendlichen länger als 48 Stunden wöchentlich arbeiten müssen. 23,5 Prozent davon bis 54 Stunden, 7 Prozent bis 60 Stunden und 3,7 Prozent noch länger. Die weibliche Jugend ist noch schlechter dran, 45 Prozent müssen länger als 48 Stunden wöchentlich ihrer Arbeit nachgehen, davon rund 30 Prozent bis zu 54 Stunden, 10 Prozent bis 60 Stunden und 5 Prozent sogar länger als 60 Stunden.

Diese wenigen Zahlen sagen bereits deutlich, dass es an der Zeit ist, nun endlich das von Arbeitsminister Storch seit Jahren der Jugend versprochene Arbeitsschutzgesetz Wirklichkeit werden zu lassen. Bei der Eröffnung der Bundesjugendkonferenz wurde dem Vertreter des Bundesarbeitsministers, Min.-Dir. Prof. Herrschel, diese Denkschrift überreicht. Dass er sie im Tagungsgebäude liegen ließ war hoffentlich reiner Zufall, ohne jeden symptomatischen Beigeschmack.

+

+

+

sp - Der gegen den Bundeskanzler erhobene Vorwurf der "Misachtung des Parlaments" ist so alt wie seine Regierungsführung. Er selbst verwahrt sich dagegen seit langem nur noch mit halber Kraft und, so schien es oft, mit etwas gekünstelter Entrüstung. Im Grunde weiß er um die Berechtigung des Tadels, und er meint wohl auch, er stünde ihm ganz gut.

Trotzdem hält die offizielle Regierungspropaganda es von Zeit zu Zeit für notwendig, den Vorwurf zurückzuweisen. Zuletzt hat die Verweigerung einer außenpolitischen Debatte, trotz vorangegangener Zusagen des Kanzlers, in weitesten Kreisen den peinlichen Eindruck hinterlassen, der Kanzler schätze in solchen diffizilen Situationen Monologe sehr viel mehr, als die unbequeme Diskussion. Diesen Eindruck hat nur das "Bulletin" der Bundesregierung vom 29.9. zu entkräften versucht, langatmig, widerspruchsvoll und mit sehr schwachen Argumenten. Widerspruchsvoll: Es wird z.B. die Übergabe der vorgesehenen Rede Cillenbauers an die Presse mit der Behauptung kritisiert, diese Rede hätte deshalb gar nicht gehalten (und also auch nicht verteilt) werden dürfen, weil eine Regierungserklärung, auf die Cillenbauer hätte antworten können, nicht vorangegangen war! Zwei Absätze weiter wird aber zugegeben, dass der Kanzler eine ausführliche Darstellung der Grundgedanken seiner Außenpolitik in Offenbach gegeben hat und darauf hingewiesen, dass "zahlreiche Regierungserklärungen und sonstige vielfältige Interpretationen" der Öffentlichkeit vorgelegen hätten. Es bestand also auch unter diesem Gesichtspunkt eine völlig ausreichende Grundlage für eine Gegendarstellung.

Das "Bulletin" doziert dann über Möglichkeiten einer Zusammenarbeit von Regierung und Opposition. Es führt die Tatsache, dass sie praktisch nicht gegeben sind, auf "eine deutsche Schwäche" zurück, "die eigene Auffassung einseitig mit einer Ausschließlichkeit durchsetzen zu wollen, die nur für die Erörterung weltanschaulicher Fragen zugänglich sein kann". Diese Schwäche aber habe die Opposition "hochgezüchtet und kultiviert - eine einfache Umdrehung der Tatsache, dass gerade in der absoluten Unzulänglichkeit Adenauers für jeden anderen außenpolitischen Gedanken die Unmöglichkeit besteht, auf eine gemeinsame Linie zu kommen.

"Adenauers Wahl einer Politik ohne Beziehung zum Bundestag...", schrie als nüchterne Feststellung, die "New York Times" am 25. September. Den damit umschriebenen Tatbestand kennt alle Welt seit Jahren. Man kann, wenn man die Adenauersche Politik billigt, damit sehr zufrieden sein. Im anderen Fall wird man immer wieder Einspruch erheben. Die Sache selbst zu leugnen, ist nur naiv und wird auch den schlichtesten politischen Verstand kaum beeindrucken.